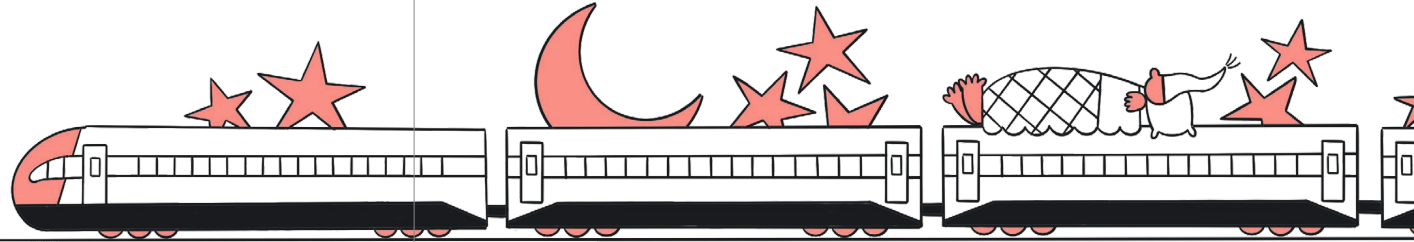


Illustrationen: Clara San Millán



Suffizienz eher ja, verzichten nein, danke



Jan Fivaz
Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher
Mitarbeiter am Institut «Public Sector Transformation»
der Berner Fachhochschule BFH

Den Verbrauch zu reduzieren und den Suffizienz-Ansatz in der Gesellschaft stärker zu verankern, wären Möglichkeiten, um die Energie- und Klimaschutzziele zu erreichen. Die Berner Fachhochschule BFH hat untersucht, welche Suffizienz-Massnahmen in der Schweiz auf Akzeptanz stossen und welche eher nicht. In diesem Beitrag wird eine Auswahl erster Resultate präsentiert.



58
finden, die Steuerbefreiung von Kerosin für den Flugverkehr sollte aufgehoben werden.

31
wären für ein Verbot von Kurzstreckenflügen von zwei bis drei Stunden Flugzeit.

53
würden die Einführung progressiver Preise im Flugverkehr begrüssen (je öfter man fliegt, desto stärker steigen die Preise).

83
befürworten den Ausbau von internationalen Nacht- und Fernverkehrszügen.

In einer 2023 weltweit durchgeführten Umfrage unter 9220 Wissenschaftler:innen verschiedener Fachrichtungen unterstützen 91% die Aussage, dass der Klimawandel als eine der zentralen globalen Herausforderungen nicht allein durch Klimaschutzmassnahmen im engeren Sinn gelöst werden kann, sondern dass es dazu einen weitgehenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel braucht. Allerdings waren anschliessend nur noch 51% der Befragten der Ansicht, dass sich die Wissenschaft selbst stärker dafür einsetzen sollte, damit es auch tatsächlich zu diesem Wandel kommen kann (Dablander et al., 2024).

Eine stärkere Verankerung des Suffizienz-Ansatzes in Wirtschaft und Gesellschaft wäre eine Möglichkeit, einen solchen grundsätzlichen Wandel zu erreichen, oder zumindest ein Schritt in diese Richtung. Wie das Beispiel der Wissenschaftler:innen zeigt, stellt jedoch der Schritt hin zu einem konkreten eigenen Handeln bzw. dazu, das eigene Handeln anzupassen, eine grosse Hürde dar.

Untersuchung der Akzeptanz von Suffizienz-Massnahmen in der Schweiz

Genau diesen Punkt greift das Forschungsprojekt «Sufficiency 23» der Berner Fachhochschule BFH auf. Das Projekt soll die politische Machbarkeit von Suffizienz-Massnahmen in der Schweiz abklären und wird von der Stiftung Mercator Schweiz finanziert. Als Suffizienz-Massnahmen werden im Rahmen der Studie Massnahmen verstanden, die über eine Reduktion des Konsums oder Veränderung des Konsumverhaltens zu einem insgesamt geringeren Ressourcenverbrauch führen.

Dazu wurde in einer ersten Phase eine Liste von möglichen Suffizienz-Massnahmen erstellt. Grundlagen waren eine Literaturrecherche, Interviews mit Expertinnen, je ein partizipatives Online- und Offline-Bürgerpanel sowie der direkte Austausch mit Organisationen, die sich bereits in diesem Bereich engagieren. Einzige Kriterien dabei waren, dass die Massnahmen als wirkungsvoll beurteilt werden und inner-

halb der Schweiz umgesetzt werden können. Ihre politischen Realisierungschancen waren nebensächlich.

Anschliessend wurden durch das Projektteam Mehrfachnennungen und inhaltliche Überschneidungen korrigiert sowie zu technische Vorschläge etwas vereinfacht. Am Ende des Prozesses entstand eine Liste mit 43 konkreten Massnahmen, die nun in der zweiten Phase des Projektes auf ihre politische Machbarkeit hin untersucht werden.

Dies geschieht unter anderem anhand einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung unter Schweizer Stimmberechtigten. In diesem Beitrag wird nun eine Auswahl erster Resultate präsentiert.

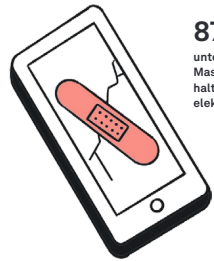
Grundeinstellungen zum Klimawandel

Die Aussage, dass ein Klimawandel stattfindet, wird von 89% der Schweizer:innen unterstützt und 85% sind auch der Meinung, dass dieser durch den Menschen verursacht wird. Dies

sind aus Sicht des Klimaschutzes sehr positive Befunde. Dieses Bild trübt sich jedoch etwas, sobald danach gefragt wird, wie dieser Klimawandel bekämpft werden soll. Nur 48% sind der Meinung, dass dazu gesetzliche Vorgaben oder Abgaben wie die CO₂-Lenkungsabgabe notwendig sind. Mit 43% sind nur unwesentlich weniger der Meinung, dass technologischer Fortschritt und Eigenverantwortung allein dafür ausreichen.

Die generelle Ausgangslage im Hinblick auf eine sich stärker am Suffizienz-Gedanken orientierende Gesellschaft kann somit als durchgezogen bezeichnet werden.

Diese Zahlen müssen jedoch sehr kritisch betrachtet werden. Erfasst werden Grundeinstellungen, die keineswegs als Zustimmungsprognosen für allfällige Volksabstimmungen gesehen werden dürfen. So fehlen bei den Vorschlägen Angaben zur inhaltlichen Ausgestaltung. Zudem hat zu vielen dieser Vorschläge noch keine öffentliche Debatte stattgefunden und auch der Bundesrat, die Kantone und nicht



87

unterstützen staatliche Massnahmen für eine nachhaltigere Nutzung von elektronischen Geräten.

81

möchten, dass das Kriterium der Nachhaltigkeit bei öffentlichen Beschaffungen mehr Gewicht erhält.

56

sind für eine CO₂-Abgabe auf alle Produkte und Dienstleistungen, die den verursachten Emissionen entspricht, und die als Pro-Kopf-Beitrag der Bevölkerung zurückerstattet wird.

42

sind für die Einführung progressiver Stromtarife.

64

befürworten die finanzielle Unterstützung für den Ausbau von Co-Working-Räumlichkeiten ausserhalb der Städte.



Zum Artikel

In den umliegenden Illustrationen sind die Zustimmungswerte von in der Studie berücksichtigten Massnahmenvorschlägen aufgeführt. Die vollständige Liste mit 43 Vorschlägen sowie Ausführungen zur Methodik finden Sie auf der SES-Website.

→ **Alle 43 Vorschläge finden Sie hier**



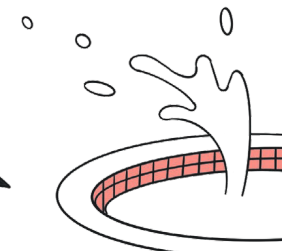
70

sind der Meinung, Werbung für besonders klimaschädliche Produkte soll verboten werden.



77

finden, die intensive landwirtschaftliche Tierhaltung (viele Tiere auf wenig Raum) soll verboten werden.



72

fänden es gut, wenn bei Lebensmitteln umfassend deklariert werden müsste, wie sich deren Produktion auf die Umwelt und das Tierwohl auswirkt.



44

würden ein Verbot für Tiefpreis-Rabatte auf tierische Produkte befürworten.

«Bei drei Viertel der Vorschläge zeigt sich eine positive Grundeinstellung. Persönliche Einschränkungen stossen aber auf Ablehnung.»

zuletzt die Verbände und Parteien haben ebenfalls noch keine Stellung bezogen. All diese Faktoren können noch zu deutlichen Verschiebungen führen.

Interessant sind daher vor allem die relativen Unterschiede zwischen den Vorschlägen und welche Vorschläge eine hohe und welche eine deutlich weniger hohe Unterstützung erhalten. Die Bandbreite reicht von Zustimmungswerten von 87% bis 28%, was enorm ist. Immerhin zeigt sich bei drei Viertel der Vorschläge eine positive Grundeinstellung.

Persönliche Betroffenheit ist ausschlaggebend

Es fällt z. B. auf, dass es vor allem «weiche» Massnahmen sind (Sensibilisierungskamp-

nen, Massnahmen im Bildungsbereich), die auf eine hohe Akzeptanz stossen, oder es handelt sich um Massnahmen, die einem einen Vorteil verschaffen. Das beste Beispiel dafür ist auf Platz 1 die Forderung nach verlängerten Garantiezeiten oder eines Rechts auf Reparatur bei elektronischen Geräten. Auf den hinteren Plätzen finden sich hingegen Vorschläge, die direkt im Alltag spürbar sind und Verhaltensveränderungen erzwingen oder Mehrkosten verursachen (z. B. die Reduktion von Parkplätzen, das Verbot von Kurzstreckenflügen oder die Einführung eines Mobility Pricings).

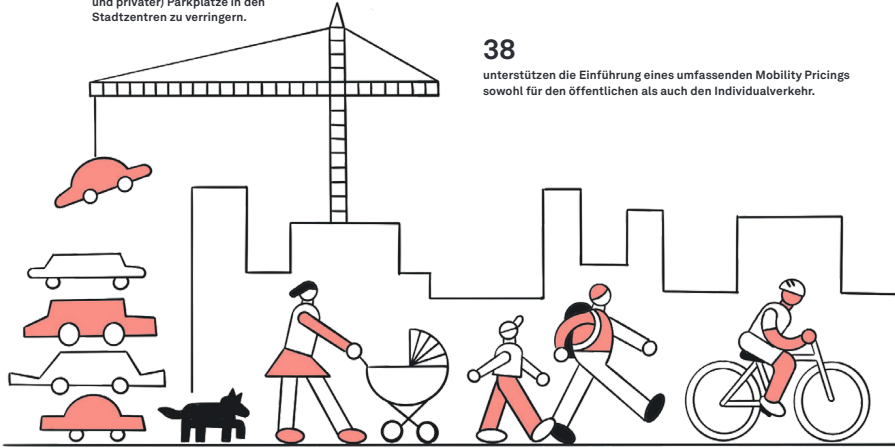
Diese Tendenz lässt sich auch anhand eines Vergleichs von bestimmten Vorschlägen aufzeigen. Ein Verbot von Kurzstreckenflügen wird von gerade einmal 31% der Befragten unterstützt. Die Einführung progressiver Preise im Flugverkehr für Vielfliegende jedoch schon von 53% und die Abschaffung der Steuerbefreiung von Kerosin würden sogar 58% unterstützen. Der rote Faden, der sich durch diese Zustimmungswerte zieht, ist die persönliche Betroffenheit durch eine Massnahme. Von einem Flugverbot für Kurzstrecken wären wohl fast alle betroffen, hingegen dürfte die

64
finden, Bund und Kantone sollen mehr finanzielle Mittel für den Ausbau von Fussgänger- und Fahrradwegen bereitstellen.



75
befürworten den Ausbau von Carsharing-Angeboten.

28
sind dafür, die Anzahl (öffentlicher und privater) Parkplätze in den Stadtzentren zu verringern.



38
unterstützen die Einführung eines umfassenden Mobility Pricing sowohl für den öffentlichen als auch den Individualverkehr.

Zahl der Vielflieger:innen in der Bevölkerung schon deutlich geringer ausfallen und die Aufhebung der Kerosin-Steuerbefreiung stellt eine indirekte Verteuerung des Fliegens dar. Ein ähnliches Bild zeigt sich ebenfalls beim Vorschlag, Tiefpreis-Rabatte für tierische Produkte zu verbieten. Nur gerade 44% unterstützen dies. Ein Verbot der intensiven landwirtschaftlichen Tierhaltung unterstützen hingegen 77%. Beide Vorschläge würden zu höheren Preisen führen, doch beim Verbot der Tiefpreis-Rabatte ist dies deutlich direkter und sichtbarer der Fall – entsprechend auch die höhere Ablehnung.

Gute Hinweise für die politische Arbeit

Ein erster Blick auf die Studienergebnisse bestätigt bisherige Erfahrungen. Der Klimawandel als menschengemachte Herausforderung wird zwar anerkannt und akzeptiert, dies bedeutet jedoch noch lange nicht, dass auf Seiten der Bürger:innen konsequent danach gehandelt würde. Sobald eine Massnahme

eine grössere persönliche Betroffenheit – sei es durch Konsumverzicht oder höhere Preise – bedeutet, schwindet die Bereitschaft, diese zu unterstützen, deutlich. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für suffizientes Handeln und die Schaffung von umweltfreundlicheren Alternativen hingegen stossen auf eine höhere Akzeptanz. Hier kann die Politik ansetzen, mit ausgewogenen, sozial gerecht gestalteten Vorlagen.

Studie Suffizienz & Politik

Die vollständige Studie ist ab Oktober 2024 hier abrufbar.

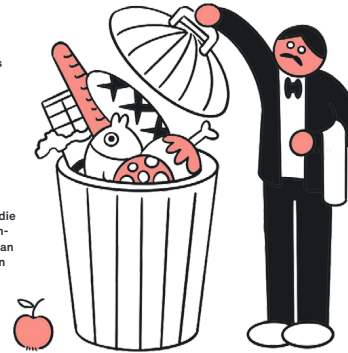


→ Zur Studie
www.bfh.ch/de/forschung



68
finden, dass beim Abriss eines Gebäudes zuerst der Nachweis erbracht werden müsse, dass der Abriss ökologischer als eine Sanierung ist.

79
sind der Meinung, dass die Schweiz ihre Aussenhandelsabkommen stärker an Nachhaltigkeitskriterien ausrichten soll.



79
würden es begrüssen, wenn die Landwirtschaft, der Gross- und Detailhandel sowie die Gastronomie verpflichtet würden, über den Umfang der weggeworfenen Lebensmittel und die zur Vermeidung von Food Waste getroffenen Massnahmen zu informieren.

83
finden es sinnvoll, wenn dem Themenbereich «Nachhaltige Entwicklung» in den Lehrplänen der Volks-, Maturitäts- und Berufsschulen mehr Gewicht eingeräumt würde.

Kommentar zur BFH-Umfrage

Verbesserung der Rahmenbedingungen statt Appelle an die Eigenverantwortung



Thomas Wälchli
Leiter Fachbereich nachhaltige Energienutzung

Die BFH-Umfrage bestätigt die Erkenntnisse aus den SES-Suffizienzprojekten der letzten Jahre: Eingriffe in die empfundene oder tatsächliche individuelle Freiheit akzeptiert die Mehrheit der Bevölkerung nicht, solange die Rahmenbedingungen auf einen nicht-suffizienten, verschwenderischen Umgang mit Energie ausgerichtet sind. Eine höhere Akzeptanz geniessen umweltfreundlichere Infrastrukturen sowie strengere Anforderungen und mehr Transparenz für energie- und ressourcenintensive Branchen und Produkte.

Die SES wird sich deshalb weiterhin darauf konzentrieren, die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen anstelle der individuellen Konsumentscheide in den Mittelpunkt zu stellen:
– Eklatante Fehlanreize korrigieren – z. B. umweltschädliche und ungerechte Subventionen oder Steuererleichterungen wie jene für den Flugverkehr beseitigen. Hiervon profitiert meist nur eine privilegierte Branche oder Minderheit auf Kosten der Umwelt und der Allgemeinheit.
– Verbesserungen dort erwirken, wo die Akzeptanz für Suffizienz-Massnahmen bereits hoch ist: klare Anforderungen an Wirtschaft und Politik bezüglich Qualität, Standards und

Transparenz in Bezug auf den Energie- und Ressourcenverbrauch, CO₂-Emissionen und graue Energie. Dazu gehört auch der Ausbau von umweltfreundlichen Alternativen wie internationale Zugverbindungen, Carsharing-Angebote und Sanierungen statt Ersatzneubauten.
– Sensibilisierung und Schulung von Fachleuten und Entscheidungsträger:innen: Suffizienz ist keine Ideologie, sondern beruht auf wissenschaftlichen Grundlagen. Es muss bekannter werden, dass eine Mehrheit der Bevölkerung von Massnahmen wie Energie-Lenkungsabgaben oder progressiven Energietarifen profitieren würde. Eine intelligente Reduktion des Energie- und Ressourcenverbrauchs bringt einen Gewinn an Lebensqualität. «Besser leben statt viel brauchen», lautet die Devise.
Wenn wir in diesen drei Handlungsfeldern Verbesserungen erzielen, sind Politik und Bevölkerung auch eher zu anspruchsvolleren, heute unpopulären Massnahmen bereit.

Save the date Fachworkshop Energie-Suffizienz

28. November 2024
Kulturpark Zürich
Pfungstweidstrasse 16, 8005 Zürich
13.30–17.00 Uhr



→ Mehr Informationen folgen auf energie Stiftung.ch/veranstaltungen

